

Wahlnachlese Kommunalwahl NRW 2025

Autor: Jendrik Peters

Datum: 15.09.2025

Die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen am 14. September 2025 war nicht nur für Rathäuser, Stadträte und Kreistage ein wichtiges Datum, sondern auch für junge Menschen. Sie fragen sich, welche Bedeutung ihre Stimme hat. Bei den 16- bis 24-Jährigen zeigt sich, dass die AfD in dieser Altersgruppe nicht so stark abgeschnitten hat wie in der Gesamtbevölkerung. Laut einer Auswertung landete die AfD hier nur auf Platz fünf. Damit ist klar: Die deutlichen Zugewinne der Partei insgesamt spiegeln sich nicht in gleichem Maße bei den jüngeren Wähler:innen wider.

Generell ist die Wahlbeteiligung gegenüber 2020 leicht auf 57 % angestiegen. Das heißt, knapp 8 Millionen Einwohner NRWs haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht und zeigen ihr Interesse für Lokalpolitik. (Quelle: Landeswahlleiter NRW)

Die Ergebnisse insgesamt zeichnen ein zwiespältiges Bild: Die CDU blieb mit rund einem Drittel der Stimmen stärkste Kraft, die SPD rutschte weiter ab und erzielte nur noch etwas mehr als 22 Prozent. Deutlich verloren haben die Grünen, die von ihren starken 20 Prozent aus 2020 auf etwa 13,5 Prozent zurückfielen. Für Aufmerksamkeit sorgte vor allem die AfD, die ihr Ergebnis fast verdreifachen konnte und nun bei knapp 15 Prozent liegt. Damit ist sie in vielen Kommunen drittstärkste Kraft, in Städten wie Gelsenkirchen sogar nahezu gleichauf mit der führenden SPD. Auch die Linke konnte zulegen, während die FDP in vielen Regionen an Bedeutung verlor. Dieses Kräfteverhältnis verdeutlicht: Die kommunalpolitische Landschaft ist fragmentierter, und es wird schwieriger, stabile Mehrheiten zu bilden. Das bedeutet zugleich, dass jugendpolitische Anliegen Gefahr laufen, in komplizierten Absprachen unterzugehen, wenn die großen Parteien alle Kräfte auf vermeintlich „harte Themen“ bündeln. Projekte wie Jugendzentren oder Beteiligungsstrukturen könnten so ins Hintertreffen geraten.

Gerade junge Menschen sind aber direkt von kommunaler Politik betroffen: Es geht um die Ausstattung von Schulen und Jugendzentren, um Sportstätten und Freizeitangebote, um sichere Radwege und um die Frage, wie attraktiv und bezahlbar Bus und Bahn sind. Auch Themen wie Wohnraum, Nachhaltigkeit oder digitale Infrastruktur werden nicht nur in Berlin oder Düsseldorf entschieden, sondern oft ganz konkret in den Stadt- und Gemeinderäten. Wer glaubt, Kommunalpolitik sei weit weg, übersieht, dass sie im Alltag junger Menschen ständig präsent ist. Umso wichtiger ist es, dass junge Menschen wählen gehen – nicht nur, um ihre Stimme abzugeben, sondern um Demokratie selbst zu erleben. Wenn junge Themen in großen Koalitionen keinen Platz mehr finden, wächst die Gefahr, dass Politik als „Alte-Leute-Kram“ wahrgenommen wird. Wie sollen Jugendliche Demokratie lernen, wenn sie nicht selbst erleben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden?

Studien zeigen jedoch, dass viele Jugendliche wenig Vertrauen in politische Institutionen haben. Nur ein kleiner Teil fühlt sich stark repräsentiert, und fast die Hälfte wusste vor der

Wahl gar nicht, dass man bereits ab 16 Jahren seine Stimme abgeben darf. Gleichzeitig sind viele Themen, die Jugendliche bewegen, gar nicht so weit weg von den allgemeinen Debatten: soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Bildung und faire Chancen stehen ganz oben, Klimaschutz und Digitalisierung bleiben aber ebenso relevant. Der Wunsch nach echter Teilhabe ist groß, doch das Gefühl, dass Mitbestimmung ernst genommen wird, fehlt noch häufig.

Die Wahlergebnisse senden deshalb mehrere Signale: Zum einen macht das Abschneiden der AfD deutlich, dass gesellschaftliche Unsicherheit, Zukunftsängste und das Gefühl mangelnder Perspektiven ganz reale Themen sind und der Glaube verloren ist, dass andere Parteien Lösungen finden können. Zum anderen zeigt der Absturz der Grünen, dass dies kein reines Jugendthema ist, sondern Menschen aller Altersgruppen betrifft. Erwartungsmanagement spielt hier eine große Rolle: Die Grünen haben viel versprochen, aber viele Menschen fühlten sich durch die Umsetzung rhetorisch überfordert oder hatten den Eindruck, dass sie nicht gehört werden.

Für die kommenden Jahre wird es entscheidend sein, kommunale Beteiligung auszubauen, politische Bildung zu stärken und junge Menschen stärker sichtbar zu machen. Die neue Geschäftsordnung vieler Kommunalparlamente sieht hier bereits Schritte vor – die konkrete Umsetzung müssen jedoch die Jugendverbände vor Ort vorantreiben. Das bedeutet mehr Jugendräte, niedrigschwellige Beteiligungsangebote und transparente Entscheidungen. Schulen sollten politische Bildung praxisnaher gestalten, und Kommunen müssen dafür sorgen, dass Jugendliche wissen, wie sie konkret mitgestalten können. Dabei dürfen Schulen und Rathäuser nicht allein bleiben: Kommunale Bildungslandschaften mit außerschulischen Trägern, Jugendverbänden und Zivilgesellschaft können entscheidend dazu beitragen, dass junge Menschen Demokratie lernen und erleben.

Gleichzeitig braucht es eine Verständigung über die Werte unserer Gesellschaft: Wie wollen wir miteinander umgehen – mit Fremden, mit Armen, mit Einsamen? Demokratiefeindliche Tendenzen müssen klar benannt werden, doch es reicht nicht, Abgrenzung zu betonen. Es geht darum, ein gemeinsames Fundament zu schaffen, das Zusammenhalt ermöglicht und Ausgrenzung entgegenwirkt.

Junge Menschen sind keine Randgruppe, sondern ein wesentlicher Teil des demokratischen Gefüges. Ihre Stimmen entscheiden mit, ob Städte und Gemeinden solidarisch, offen und zukunftsfähig bleiben. Wer sich einmischt, gestaltet direkt den Alltag – vom Busfahrplan bis zum Jugendtreff. Und genau deshalb ist die Beteiligung junger Menschen an der lokalen Demokratie wichtiger denn je. Es reicht nicht, nur wählen zu gehen – die Frage ist, welche Instrumente vor Ort entwickelt und genutzt werden, damit Beteiligung sichtbar und wirksam wird.